



Dreihundert Hobbybäuerinnen und -bauern profitieren vom Idyll in der Stadt. Foto: Reto Oeschger

## Quartierhof Wynegg ist gerettet

Jahrelang war die Zukunft des Bauernhofs in Riesbach ungewiss, jetzt erwirbt ihn die Stadt. Der Gemeinderat hat einem Landtausch mit dem Kanton zugestimmt - und damit ein viel beachtetes Quartierprojekt gerettet.

**Martin Huber**

Sie produzieren eigenen Salami, Most und Schnaps, kümmern sich um Hühner, Hasen und Wollschweine, pflanzen Gemüse an und mähen Wiesen. Es gibt Ponytage, Metzgeten und derzeit jeden Mittwoch einen Mittagstisch. Der Bauernhof Wynegg in der Nähe des Botanischen Gartens in Riesbach ist kein gewöhnlicher Landwirtschaftsbetrieb, sondern ein Quartierprojekt, das Stadtbewohnern ein Stück Landleben mitten in der Stadt ermöglicht.

Seit 1997 engagieren sich Familien und Einzelpersonen aus dem Quartier, die sich in einem Verein zusammengeschlossen haben, für den auf der Wynegg betriebenen biologischen Landbau. Derzeit sind es rund dreihundert Hobbybäuerinnen und -bauern jeden Alters, die den Bauernhof bewirtschaften. Sie kümmern sich um Tierhaltung, Obstbau, Gartenbau, Naturschutz und führen Workshops für Schulklassen durch.

### Bedrohtes Idyll auf Bauland

Längst hat sich der Hof zu einem Treffpunkt im Quartier entwickelt. Doch jahrelang war das Idyll bedroht, die Zukunft des Hofes in der Schwebe. Denn dieser steht auf Bauland an attraktiver Wohnlage. Ein grosser Teil des Landes gehörte bisher dem Kanton, der es bis vor ein paar Jahren verkaufen wollte, womit der Hof einer Wohnüberbauung hätte weichen müssen. Doch seit gestern Abend können die Quartierbauern aufatmen. In seltener Einmütigkeit, mit 122 zu 0 Stimmen, hat das Stadtparlament

einen von Stadt und Kanton ausgehandelten umfangreichen Landabtausch abgesegnet und damit das Weiterbestehen des Quartierhofs gesichert.

Konkret erwirbt die Stadt das Gebiet der oberen Wynegg, dazu drei Wohnateliers an der Südstrasse 81 sowie 36 000 Quadratmeter Land in der Bau- und in der Freihaltezone beim Burghölzli. Im Gegenzug verkauft sie dem Kanton fünf Liegenschaften im Hochschulquartier:

**«Das sind Orte, welche die Lebensqualität einer Stadt und den Charme einzelner Quartiere ausmachen.»**

Simon Diggelmann, SP

an der Kantonsschulstrasse 9, der Florhofgasse 1 und 7, der Schönleinstrasse 14 und an der Freiessstrasse 11. Der Wert der von der Stadt und vom Kanton erworbenen Liegenschaften und Grundstücke wird auf je 20,37 Millionen Franken beziffert.

Auslöser des Tauschhandels war die 2001 eingereichte Volksinitiative «Rettet die Obere Wynegg». Diese sollte verhindern, dass der Quartierhof lukrativeren Wohnhäusern Platz machen muss. In der Folge reichten auch SP und Grüne politische Vorstösse ein mit dem Ziel, den Hof zu erhalten.

«Freude herrscht!», rief SP-Gemeinderat Joe Manser gestern in den Ratsaal. «Fürs Quartier ist der Entscheid

epochal.» Manser hat jahrelang für den Erhalt des Wynegg-Hofs gekämpft. Der Quartierhof sei eine «gelungene Verbindung von Natur und Soziokultur» und enorm wichtig fürs Quartier. Manser kündigte an, die noch immer unerledigte Wynegg-Initiative zurückzuziehen.

### Linke Kritik am Tauschhandel

Auch sonst genossen die Hobbybauern der Wynegg auffallend viel Sympathie im Parlament. Simon Diggelmann (SP) sprach von einer «Perle» fürs Quartier und die Stadt. «Das sind genau jene Orte, welche die Lebensqualität der Stadt und den Charme einzelner Quartiere ausmachen.» Mit dem jetzigen Entscheid werde das jahrelange Engagement der Quartierbevölkerung gewürdigt.

Einen Wermutstropfen gibt es laut Diggelmann allerdings: das seiner Ansicht nach überladene Tauschpaket, bei dem der Kanton der Stadt die Vorgaben diktiert habe. Ähnliche Einwände kamen von Niklaus Scherr (AL). Er nannte die Rettung des Quartierhofs zwar sinnvoll, kritisierte aber die «ungleiche Tauschpolitik», bei welcher der Kanton mehr profitiere als die Stadt. Der Kanton erhalte «Filetstücke im Hochschulgebiet», die Stadt vergleichsweise uninteressante Parzellen.

Laut dem Grünen Matthias Probst hat der Kanton sich «mit Spitzbübigkeit» rasch noch Liegenschaften für seinen Masterplan Hochschulgebiet gesichert. Dennoch: Die Wynegg sei es «allemaal wert, hier in einen etwas sauren Apfel zu beissen». Martin Luchsinger (GLP) und Urs Egger (FDP) hielten die Kritik am

Tausch für übertrieben, das Verhandlungsergebnis sei vertretbar. Zudem komme der Quartierhof direkt der Bevölkerung zugute, wie Egger sagte. Für einmal stimmte auch die SVP in den Chor der Befürworter ein: «Ein wertvolles Angebot, das rege benutzt wird», lobte Katharina Widmer. Stadtrat Daniel Leupi (Grüne) war froh, dass das Geschäft nach einer langen Durststrecke zum Abschluss kommt: «Was lange währt, wird endlich sehr gut.»

### «Ein echtes Bedürfnis»

Peter Telschow, Präsident des Quartierhof-Trägervereins, bezeichnet den Ratsentscheid als «echten Aufsteller.» Damit werde die jahrelange Arbeit des Vereins honoriert, und die Stadt erkenne das ehrenamtliche Engagement der Vereinsmitglieder, die jährlich Tausende Stunden Freiwilligenarbeit verrichteten. Das Spezielle am Projekt sei, dass es nicht von oben initiiert wurde, sondern von unten, aus der Quartierbevölkerung heraus gewachsen ist. Dass der Quartierhof-Verein laufend mehr Mitglieder zählt, zeige, dass sein Angebot einem echten Bedürfnis entspreche. Mittlerweile hat die Wynegg Vorbildcharakter: In anderen Quartieren, etwa in Höngg, sind ähnliche Angebote geplant, der Trägerverein tritt dort als Berater auf.

Als Nächstes steht nun eine Renovation des Hofes an. Wegen des aufgestauten Unterhalts muss er für rund 1,5 Millionen Franken saniert werden. Zudem wird der Betreiberverein zusammen mit Grün Stadt Zürich das definitive Betriebskonzept ausarbeiten.

## Solidarität mit Kurdenstadt

Das Zürcher Stadtparlament hat sich für einen Brückenschlag zwischen Zürich und Diyarbakir in der Südosttürkei ausgesprochen.

**Martin Huber**

Mit 62 zu 49 Stimmen überwies der Gemeinderat gestern ein Postulat von SP und AL. Dieses fordert den Stadtrat auf, zu prüfen, wie mit der vorwiegend von Kurden bewohnten Stadt Diyarbakir in der Türkei ein Brückenschlag ins Leben gerufen werden könne. Ursprünglich hatte das Postulat den Aufbau einer offiziellen Städtepartnerschaft gefordert, doch das ging vielen im Rat zu weit. Deshalb wurde, auf Vorschlag der Grünen, als Kompromiss die unverbindlichere Formulierung «Brückenschlag» gewählt.

Der Schwerpunkt soll dabei auf «zivilgesellschaftlichem Austausch und Stärkung der demokratischen Strukturen» liegen, wie die Postulantinnen Rebekka Wyler (SP) und Ezgi Akyol (AL) sagten. Zürich verstehe sich als Weltstadt, umso dringender sei es in Krisenzeiten, zusätzliche Projekte der internationalen Kooperation und Solidarität zu lancieren. Bisher pflegt Zürich Städtepartnerschaften mit Kunming und San Francisco.

### SVP: «Keine Einmischung»

«Es geht um ein Zeichen der Solidarität», sagte Akyol. In Diyarbakir herrschten bürgerkriegsähnliche Zustände. «Diese Stadt hat Unterstützung nötig», ergänzte Wyler. Ihr geht es auch um ein Symbol: Projekte der internationalen Solidarität seien gerade in Krisenzeiten wichtig. Laut Muammer Kurtulmus (Grüne) sind viele in Zürich lebende Kurden derzeit sehr besorgt über die Lage in Diyarbakir und würden einen Brückenschlag zu Zürich sehr begrüßen.

Davon wollte Daniel Regli (SVP) nichts wissen. Er wehrte sich gegen eine «Einmischung in den türkisch-kurdischen Konflikt» und warf den Postulantinnen fehlende weltpolitische Vernunft vor. «Bei aller guter Absicht, eine solche Partnerschaft bringt nichts, siehe Kunming», sagte Regli. Sein Parteikollege Stefan Urech reagierte ungehalten: «Wir sind ein lokales Parlament, wir müssen sicher nicht in die Türkei reisen und Demokratie predigen.» Auch FDP-Fraktionschef Michael Schmid betonte, Aussenpolitik sei Sache des Bundes und keine Aufgabe der Stadt Zürich. Skepsis zeigten auch die Grünliberalen, während die CVP sich der Stimme enthielt.

Stadtpräsidentin Corine Mauch (SP) beurteilte die Städtepartnerschaft skeptisch. Sie verwies auf das bereits bestehende Engagement der Stadt Zürich für Menschen in Kriegsgebieten. So unterstütze die Stadt ein Gemeinwesen im Libanon, wo derzeit sehr viele Flüchtlinge lebten. Wegen der kriegsähnlichen Auseinandersetzungen in Diyarbakir seien die Voraussetzungen für eine Städtepartnerschaft nicht gegeben. Dazu bräuchte es ein stabiles Umfeld und die Akzeptanz der nationalen Ebene, was hier kaum gegeben sei. Den zivilgesellschaftlichen Austausch im Sinn eines Brückenschlags hält Mauch aber für begrüssenswert, weshalb sie das Postulat in der abgeschwächten Form entgegennahm.

## Wer Geld bei Umzonungen verdient, soll zahlen

Der Zürcher Regierungsrat hat ein Gesetz zum Ausgleich des Mehrwerts in die Vernehmlassung geschickt.

**Benno Gasser**

In vielen Gemeinden im Kanton Zürich sind Wohnungen knapp - trotz Bauboom. Dieser Boom hat zur Folge, dass Wohnungen häufig nicht in bestehenden Zentren gebaut werden, was zu einer Zersiedelung führt. Der Regierungsrat will deshalb steuernd eingreifen, um diesem Missstand entgegenzuwirken. Deshalb hat er das Raumplanungsgesetz revidiert und ein eigenes Gesetz zum Mehrwertausgleich vorgelegt. Den Ent-

wurf hat er gestern in die Vernehmlassung geschickt.

Die Leitidee dieses Gesetz ist, Wertveränderungen bei Umzonungen auszugleichen. Für die Umsetzung des Mehrwertausgleichs schlägt der Regierungsrat «eine pragmatische Lösung» vor, wie er in einer Mitteilung schreibt. Wird Bauland eingezont, muss Geld in einen Fonds einbezahlt werden. Beim gegenteiligen Fall einer Auszonung gibt es Geld aus dem Fonds. Mit diesem Instrument verfolgt der Regierungsrat zwei Ziele: Zum einen sollen Lage und Grösse der Bauzonen verbessert, zum anderen die vorhandenen Bauzonen besser genutzt werden. Der kantonale Ausgleich sei erforderlich, da Ein- und Auszonungen in der Regel nicht in derselben Gemeinde stattfinden würden.

In Zahlen ausgedrückt: Wird in einer Gemeinde eingezont, soll eine Mehrwertabgabe von 20 Prozent in den Mehrwertausgleichsfonds fließen. Umgekehrt können Gemeinden, die eine Auszonung vornehmen, Mittel aus dem Fonds beantragen. Bei allen Um- und Auszonungen soll stets eine Mehrwertabgabe von 5 Prozent in den Fonds fließen. Gemeinden in städtischen Räumen weisen eher zu wenig, Gemeinden in ländlichen Räumen eher zu grosse Bauzonenreserven auf. Der Regierungsrat sieht die Siedlungsentwicklung nach innen als das tragende Prinzip der künftigen Raumentwicklung.

Die Vernehmlassung dauert bis zum 25. September. Das Gesetz soll im zweiten Quartal 2017 im Kantonsrat beraten und beschlossen werden.

Anzeige